

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Bezugspreis: Monatlicher Grundpreis 10 Pfennig
mal Schlüsselzahl des Vörsenvereins deutscher Buchhändler zu Leipzig

Verantwortlicher Schriftleiter: Fritz Kummer
Schriftleitung und Verlagsstelle: Stuttgart, Adelsstraße 16
Fernsprecher Nr. 8800 - Postfachkonto Stuttgart Nr. 6803

Erscheint wöchentlich am Samstag
Anzeigen aller Art werden bis auf weiteres nicht mehr angenommen

Gewitterschwüle

Mit Ach und Krach ist das Ermächtigungsgesetz im Reichstag durchgedrückt worden. Damit hat die Regierung Stresemann Machtbefugnisse von diktatorischem Ausmaß erhalten. Einige Blätter der bürgerlichen Demokratie reden erfreut von einem Sieg Stresemanns. Ein Sieg? Mag sein, die Frage ist nur: Für wen? oder: Über wen? Unsere Meinung über den schicksalsschweren Beschluß des Reichstags ist entgegenge-setzter Art. Wir fürchten, der „Sieg“ wird uns teuer zu stehen kommen. Dies deuten schon die ersten Verordnungen an, die auf Grund des Ermächtigungsgesetzes erlassen worden sind. Es sind Verordnungen über die Errichtung einer Rentenbank, über Betriebsstillegungen und Arbeitsstredung (die wir an anderer Stelle wiedergeben), über Umwandlung der Erwerbslosenfürsorge in eine Versicherung und über noch andere Dinge erschienen.

Von der Rentenbank wird eine Milderung, um nicht zu sagen Beseitigung des Finanzjeldes erwartet. Um dies zu glauben, ist eine Optimismusblindheit von nicht alltäglicher Beschaffenheit vorzuziehen. Die Ungläubigkeit beginnt schon zu keimen beim Lesen der Namen, die den Verwaltungsrat bilden sollen. Wir finden da nur Vertreter der Industrie, Finanz- und Landwirtschaft, alles Leute, von denen man weiter nichts weiß, als daß sie ihren eigenen Vorteil vortrefflich wahrzunehmen verstehen. Zuweilen wird es so dargestellt, als ob die Bank eine Belastung der Industrie und der Landwirtschaft, kurz des Besitzes darstelle und daß dieser nun dem Staat ein Opfer bringe, das die Erfassung der Schwerte eigentlich überflüssig mache. Nichts falscher als das. Das Kapital der Bank, 32 Milliarden Rentenmark, soll allerdings zur Hälfte von der Landwirtschaft, zur andern von Industrie und Handel aufgebracht werden. Aber die Geldgeber werden für ihre Belastung reichlich, zuerst mit 30 oder 40 Hundertteilen vom Reingewinn und schließlich noch mit bis zu 6 v. H. Dividende entschädigt. Überdies sind noch einige andere Vorkehrungen getroffen, die den Geldgebern vorzüglich zu Buch schlagen können. Je mehr man sich in die Einzelheiten der Rentenbank vertieft, desto mehr drängt sich einem die Meinung auf, daß sie zur Schröpfung von Staat und Volk gar nicht ungeeignet ist. Wer weiß, ob diese Gründung nicht die Möglichkeit zur Geldvermehrung bietet, sich zu einem neuen Mittel der Bereicherung der Schwere reichen auszuwachsen.

Man hätte vermehren sollen, daß die Regierung ihre neue Machtstille zuerst zugunsten jener Schichten angewendet hätte, die der staatlichen Hilfe am dringendsten bedürfen, nämlich den Erwerbslosen und Hungernden. Wir sind nun zwar ganz und gar nicht der Ansicht, daß sich unser Elend durch Verordnungen allein bannen ließe, indessen glauben wir, daß mit ihnen doch wenigstens eine gewisse Milderung oder Ausgleichung der härtesten Not zu erreichen ist. Jedenfalls müßte es einer mit diktatorischen Machtbefugnissen ausgestatteten Regierung nicht schwer sein, dafür zu sorgen, daß die städtische Bevölkerung nicht bei vollen häußerlichen Scheuern verhungert. Da die Nahrungsmittelbesitzer sich, wie alle Erfahrung lehrt, weigern, ihre Pflicht gegen ihre Mitmenschen zu erfüllen, so müssen sie von der Staatsmacht dazu angehalten werden. In diese letzte Selbstverständlichkeit aber denkt die Regierung offenbar nicht. In der Fülle ihrer Verordnungen hat man ver-gelächelt nach einer, die die Landwirtschaft verpflichtet, ihre Vorräte an den öffentlichen Markt abzugeben. Die Nahrungsmittelzufuhr ist überaus ungenügend oder es werden Preise gefordert, die für den Mann mit kleinem Einkommen einfach unerschwinglich sind, wenn nicht gleich von vornherein die Be-zahlung in Geldeswert zur Bedingung gemacht wird. Die Landwirtschaft begründet dies damit, sie müsse mit dem Ertrag der Ernte ihre Ausgaben des ganzen Jahres decken, verkaufe sie jetzt ihre Ernte oder erhalte sie dafür Papiergeld, so werde der Erlös durch die Geldentwertung zerstückelt, so daß sie dann mittellos sei und den für die nächste Ernte nötigen Bedarf nicht bestreiten könne. Darum müsse sie goldwertige Bezahlung fordern. Wenn man das hört, könnte man annehmen, die geldwertige Geldanlage oder das Devisensammeln sei auf dem Lande vollständig unbekannt. Der Lohnarbeiter empfängt in einem fort nur Papier, ist somit allen Nachteilen der Geldentwertung ausgesetzt. Er kann natürlich nur mit Gold zahlen, wenn er selbst solches erhält. Ein Grund mehr, auf schleunigste Ein-führung von Goldlöshnen auf der ganzen Breite zu dringen. Denn was für Bauern und Händler recht ist, muß für den Arbeiter billig sein.

Selbstverständlich darf die Zurückhaltung der Lebensmittel für die Regierung kein Grund sein, mit der Anwendung ihrer Macht vor den vollen Scheuern haltzumachen. Aber hierin hapert es ganz und gar. Von der Anwendung der staatlichen Diktatur zugunsten der Ernährung ist nichts zu hören. Die Folgen schlagen allenthalben in die Augen. Die Großstädte sind von dem allerwichtigsten Nahrungsmittel, der Kartoffel, entblößt, durch die Markthallen ziehen Scharen weinender Frauen, die umsonst nach etwas Eßbarem suchen. Der Hungerwoll grinst in fast allen Gassen. Der Nahrungsmangel treibt tagtäglich hungrige Menschen zu Handlungen der Verzweiflung. Die Lebensmittelrevolten mehren sich erschreckend, an Plünderungen von Geschäften fehlt es nicht. Da der leere Magen keine andere Wohl mehr läßt, lassen Menschenhaufen aufs Land, wo sie das zu holen trachten, was ihres Leibes Notdurft verlangt. Die hungrigen, verzweifelten Menschen kommen oft und oft mit der Staatsgewalt in Konflikt. Tote und Vermundete sind das Ergebnis. Wir könnten der Einsichtigkeit geziehen werden, wollten wir behaupten, die Arbeiter befürchten von der diktatorischen Macht-

fülle der Regierung ebensowenig zu fühlen, wie die wohlgenährte Landwirtschaft. O, die Arbeiterchaft bekommt sie täglich, stündlich zu spüren, und zwar durch den Ausnahmezustand, Versammlungsverbote, Hausdurchsuchungen, Zeitungsverbote und Auflösung ihrer Sicherheitswehren. Landbau, Landab haben wir wieder die Herrschaft von Militärs mit ihrem Drum und Dran an Reibungen, Zwischenfällen und Konflikten. Besonders in den Staaten mit Arbeiterregierungen läßt es die Militärbefugnisse nicht an Rücksichtslosigkeit fehlen. In Sachen ist die Spannung zwischen dem General und der Zivilregierung soweit gediehen, daß ein offener Ausbruch jede Stunde zu befürchten ist. Der General gestattete sich nicht weniger, als dem Ministerium ein Ultimatum zu stellen, binnen 24 Stunden zu erklären, ob es seinen Befehlen gehorchen wolle. Das verschiedene Weibungen bekommt man den Eindruck, daß der militärische Befehlshaber die Absicht habe, unter Umständen mit Waffengewalt gegen die sächliche Regierung vorzugehen. Der-gleichen im sozialistischen Sachver, dessen arbeitende Bevölke-rung zur letzten Schutzwehr des Freistaates gehört.

Aber freilich, eine Reichsregierung kann auch sehr nachsichtig, ganz unartig sein, wenn es sich um Angriffe gegen das Reich und eine Verletzung handelt. In Bayern wird hellreg auf die Reichsregierung gewiesen, die Reichsverfassung elend verhöhnt, ganz offen auf Auflösung des deutschen Staates hingearbeitet. Gegen solche Missetaten aber zeigt sich die mit Diktaturgewalt ausgestattete Regierung ohnmächtig. Ihre Machtbefugnisse läßt sie nicht ins Bayerische hineinreichen. Ja sie versteht es noch nicht einmal, ihren in München eingeschlossenen General zum Gehorham anzuhalten. Noch schlimmer. Die sozialistischen Organi-sationen werden, wie alle Welt weiß, von Schwerindustriellen und Finanzleuten ausgehalten. Der reaktionäre Heerführer stellt die Schutzwehr des Großkapitals dar, sie ist die nach allen Regeln der militärischen Kunst organisierte Truppe einer kapitalistischen Reberreglerang. Und gegen diese tödliche Gefahr wird nicht eingeschritten von einer Regierung, deren oberste Pflicht die Sicherung der Republik doch wohl ist.

Angesichts alles dessen kann man nicht umhin, zu gestehen, daß sich die diktatorische Macht der Regierung zu einem Mittel gegen die trübseligen Stille der Republik, gegen die Arbeiterchaft auszuwächst. Daß dieser auf solche Weise die Liebe zur Re-publik kaum einzubringen ist, liegt auf der Hand. Es kann wahrhaftig nicht unternommen, daß die amtlichen Aufrufe zur Rettung des Reiches und zur Sicherung der Republik in der breiten Volksmasse auf steigende Verdrüsslosigkeit stoßen. Ist das der Zweck der diktatorischen Übung? Es will einem in der Tat scheinen, daß man das Interesse der republikanischen Masse an der Republik schwächen, ihr es nehmen will, um dann einen Vorstoß gegen sie mit größerer Erfolgsaussicht wagen zu können.

Die politische Gewitterschwüle wird beträchtlich brüdernder gemacht durch den wirtschaftlichen Niedergang. Die deutsche Wirtschaft vollt ungemindert in die Tiefe, die Zahl der Betriebs-silllegungen ist kaum noch zu zählen, die Arbeitslosen und Kurz-arbeiter machen nach einer Mitteilung von sachkundiger Seite schon die Hälfte der Gesamtarbeiterschaft aus. Der Dollar ist jetzt gar auf fast zehn Milliarden emporgeschnitten, eine gleich erge Teuerung wird sich pünktlich ein-stellen. Damit sinkt die Kaufkraft der Masse noch weiter, noch mehr Betriebe werden zum Stillstand, noch mehr Arbeiter auf die Straße kommen. Und in die Klagen der Erwerbslosen, Hungernden mischt sich, um den Lohnwoll zu vollenden, der Ruf des Unternehmertums nach — Verlängerung der Ar-beitszeit, was noch mehr Arbeitslose, noch weitere Ver-allgemeinerung der Diktatur bedeutet.

Es wäre zwecklos und töricht obendrein, nicht anzusprechen, was ist: Unsere Wirtschaft ist zu tief im Sumpfe, der politische Zustand zu unheilvoll, die Finanzlage des Staates zu gefährlich, als daß eine Besserung ohne außerordentliche, übermenschliche Anstrengung möglich wäre. Um eine Gesundung von Wirt-schaft, politischem Leben und Staatshaushalt herbeizuführen, ist eine Einsicht, ein Wille, ein Mittel nötig, worüber eine Re-gierung bürgerlichen Gepräges nun einmal nicht verfügt. Sie wird die vielen und ungeheuren Probleme nach ihrer Art zu lösen versuchen. Wohin das führt, zeigt die gegenwärtige Ge-witterschwüle. Wenn diese nicht bald zur Entladung führt, müßte es ein helles Wunder genannt werden. Aber Wunder gab es nur in biblischer Zeit. Alles spitzt sich auf die Lösung der Frage zu: Soll die Besserung des Zustandes nach kapitalistischem oder nach einem vernünftigeren Prinzip versucht, vollzogen werden, und wer soll die Opfer tragen, die Opferstarren oder die Opferschwachen, die Kapitalisten oder die Besitzlosen? Das ist die Frage; ihre Entscheidung bereitet sich mit großen Schritten vor.

Es ist jedem halbwegs Sehenden klar, daß die Entscheidung zum Schaden der Arbeiter fallen wird, fallen muß, wenn sie allein, unverbunden, unorganisiert stehen oder wenn ihre Be-bindungen, die Gewerkschaften, gerüttelt, finanziell schwach sind. Die Verhältnisse wären bestimmt nicht dermaßen schlecht für das Proletariat geworden, wären ihre Organisationen mächtiger gewesen. Und es kann den kommenden Jahrmüssen viel zuver-nünftlicher entgegensehen, wenn es der Gewerkschaft größt-mögliche moralische, zahlenmäßige und finanzielle Macht verschafft. Unsere Organisation muß zu einem noch festeren Bollwerk ausgebaut werden, damit sie mehr Schutz, mehr Schirm, mehr Hilfe zu geben vermag. Ohne-bem hätte die Arbeiterchaft bei der großen Entscheidung Wind und Wetter im Gesicht. Und keinem Ausblick auf Erfolg.

Gegen Unternehmerdiktatur! Eine freigewerkschaftliche Kundgebung

Die Vorstände der drei freigewerkschaftlichen Spitzenverbände veröffentlichen folgendes Schriftstück:

Die Erwerbslosen, die sich die Arbeitnehmer bisher er-kämpft haben, verdanken sie ihren Organisationen, die diese Rechte den Unternehmern in jähem Ringen Stück für Stück abgetrotzt haben. Bei allen Gesetzen und Verordnungen, die das Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmer bei der Rege-lung ihrer Arbeitsbedingungen erweitern und den Grund zu einer Demokratisierung der Wirtschaft legen, sind die Gewerk-schaften und die Arbeiterparteien auf den erbitterten Wider-stand der Unternehmer gestoßen.

Jetzt zeigen diese mächtigen und einflussreichen Unternehmer durch ihr Auftreten erneut, daß sie den Geist der neuen Zeit nicht erfaßt haben. Sie wollen Herr im Hause sein, wie sie es vor dem Kriege waren. Sie wollen die Wirtschaft aus-schließlich nach eigenem Ermessen führen, ohne dem Staat, der Volksgemeinschaft Rechenschaft schuldig zu sein über ihr Tun und Lassen. Die menschliche Arbeitskraft ist für diesen Teil der Unternehmer nur ein Objekt der Skatulation, wie ihre Werk-zeuge und Maschinen, und sie haben kein anderes Interesse an ihr, als daß sie billig und willig ist.

Die Arbeitskraft ist das einzige Kapital der Arbeitnehmer. Sie müssen deshalb darauf bestehen, durch ihre eigenen Organi-sationen, durch die Gewerkschaften, mit zu be-stimmen, für welche Zeit und um welchen Preis sie dieses Kapital in den Dienst der Wirtschaft stellen. Nur dann werden sie es mit ganzem Herzen tun, wenn die Wirtschaft nicht aus-schließlich zum Zwecke der Bereicherung und Wachstums-erweiterung bevorrechteter Gruppen betrieben wird, sondern zum Nutzen und im Interesse der Volksgemeinschaft. Ihnen liegt nichts daran, daß der einzelne profitiert, sie wollen, daß das Volk ganz e-gedeiht, sie wollen, daß die Wirtschaft allen Zwecken der Volksgemeinschaft untergeordnet wird. Die Arbeitskraft ist eines der höchsten Güter der Nation, von ihrer Erhaltung und Ver-mehrung hängt die Zukunft des Volkes ab. Die Gewerkschaften können und werden deshalb nicht dulden, daß dieses Ratio-nalgut willkürlich der Ausbeutung einzelner Preisgegeben wird.

Der katastrophale Währungsverfall, der nicht zum wenigsten durch die Schuld der führenden Wirtschafts-kreise herbeigeführt worden ist, hat auch die Finanzkraft der Gewerkschaften geschwächt. Deshalb glauben die Unternehmerekreise, daß sie nun mühelos den Widerstand der Ge-werkschaften abtun können. Sie geben sich der Täuschung hin, daß die Kraft des werktätigen Volkes gebrochen und die Stunde gekommen sei, sich über die verbürgten Rechte der Arbeitnehmer hinwegzusetzen.

Aber sie haben die Rechnung ohne die Arbeiterchaft gemacht. So stehen die Dinge in Deutschland nicht, daß eine Handvoll Grubenbarone sich erdreisten dürfen, den Vergararbeitern will-fürlich die Bedingungen zu diktieren, unter denen sie arbeiten sollen. Die Vergararbeiter sind gewillt, Überwinden zu leisten, wenn das Lebensinteresse der Nation es erfordert. Sie haben bei mehr als einer Gelegenheit bewiesen, daß sie bereitwilligst Opfer für das Wohl des Volkes bringen, mehr als jene Unter-nehmer, die jahraus, jahrein das Reich als den Feind ihrer Interessen behandelt haben.

Diese Schichten glauben, geblüht auf die rechtsradikalen Legionen und auf jene Kreise der Landwirtschaft, die ihre vollen Scheuern dem hungrigen Volke verschütten, den

rücksichtslosen Klassenkampf gegen die Arbeitnehmer führen zu können. Sie spekulieren auf das wachsende Heer der Arbeitslosen, sie rechnen mit der politischen Zerissenheit der Arbeitnehmerchaft.

Aber diese Pläne, deren Verwirklichung dem bayerischen Diktator und den Grubenbaronen das Signal gegeben haben, werden und müssen zusammenbrechen.

In ihrer Verblendung haben die Vorkämpfer der wirtschaftlichen und politischen Reaktion selbst die Parole unter die Massen geworfen, die sie zu einer besseren Einheit zusammenschließen wird, als je zuvor. Um das Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmer in Staat und Wirtschaft gibt es kein Marktes, kein Feilschen. Diese Grundrechte der Ar-beiter, diese Anfangserwerbungen der Freiheit wird sich die Arbeitnehmerschaft nicht trennen lassen.

Die Gewerkschaften sind bereit zu diesem Kampf. Sie wissen, daß sie die gesamte Arbeitnehmerschaft ohne Unterschied der Parteien hinter sich haben. Alle in ihren Organisationen zusammengeschlossenen Arbeiter, Angestellten und Beamten werden zu Opfern und Entbehrungen bereit sein — trotz allen Elends, wenn dieser Kampf ihnen aufgezwungen wird, und es wird sich zeigen, daß ihre kampfgewöhnten Scharen weber den Glauben an ihr großes Ziel, noch den Mut zur Tat verloren haben, denn es gilt, das Auserjense abzuwehren, ihre Satzung durch die Unternehmer. Die Feinde der Arbeiter-bewegung seien gewarnt. Die Gewerkschaften werden nicht ab-zurückweichen, die ganze Macht der vereinigten Arbeit-nehmerschaft aufzubieten, um jeden Versuch zu ver-eiteln, auf dem Wege des politischen Umsturzes und der Wirt-schaftsdiktatur die alten Herrenrechte wieder in Kraft zu setzen, die das deutsche Proletariat in unermesslichen Kämpfen ein-für allemal beseitigt hat.

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund. Allgemeiner Freier Angestelltenbund. Allgemeiner Deutscher Bauernbund.

Die Gewerkschaftsleitungen zur Wirtschaftslage

Ein zentraler Aktionsauschuss für den Abwehrkampf

Die Bundesauschüsse der drei gewerkschaftlichen Spitzenverbände waren am 17. Oktober beisammen, um über unsere Lage zu beraten. Genosse Leipart, der Vorsitzende des DGB, hielt die einleitende Rede, ihm folgte Genosse Larnow vom Holzarbeiterverband mit einer Darstellung unserer Wirtschaft und Ernährung und Genosse Schweiger von den technischen Angestellten mit einem Vortrag über Finanz- und Währungsreform. Die Darlegungen der Redner im einzelnen wiederzugeben, verbietet der Raumangel. Symmetrisch sei von der ebenso überzeugenden wie eindrucksvollen Rede Larnows angeführt, daß der Vorwurf zurückzuweisen sei, die Arbeiter hätten durch Währungsreform den wirtschaftlichen Niedergang verschuldet. Unparteiische Untersuchungen hätten gezeigt, daß die Verkürzung der Arbeitszeit durch Intensivierung der Arbeit aufgehört und sogar überschritten worden sei. Wunderlich wäre es nicht, wenn Arbeiter mit ihrem Einkommen von 3 bis 4 Goldmark nicht mehr imstande seien, die alten Leistungen zu erzielen. Es müßte betont werden, daß vor allem die Arbeitgeber sich vor der Produktion abgewandt und dafür der Spekulation sich zugewandt hätten, durch die viel leichtere Gewinne zu erzielen seien. Während es früher wirtschaftliche Vernunft war, möglichst viel zu produzieren, ist es heute für den Arbeitgeber profitabler, seinen Betrieb zu schließen und damit der Substanzverminderung vorzubeugen. Wir lehnen es nicht ab, dort, wo keine anderen Möglichkeiten der Produktionssteigerung vorhanden sind, einer Arbeitserhöhung zuzustimmen. Aber die Arbeiter müssen dem freiwillig beistimmen. Ob es Herrn Stinnes mit einer diktatorisch längeren Arbeitszeit auch gelingen werde, die Leistung herauszuquetschen, sei eine Frage, die seine Arbeiter beantworten müßten.

Der Handel habe, so fährt Larnow fort, im Verhältnis zur Produktion einen viel zu großen Umfang angenommen. Die Banken seien aufgebläht, die Behörden brauchen ein viel zu großes Personal. Der Leerlauf der Wirtschaft sei eine der großen Ursachen. Die Wirtschaft müsse nach den Regeln der Vernunft geordnet werden. Wenn aber erst 20 000 Arbeiter hungern sollen, damit 40 000 beschäftigt werden können, dann sei das ein Zustand, der zum Teufel gehöre. Notwendig sei die Verschlagung der Preislimitation, die Befreiung des Bürgers und die Hebung der Kaufkraft der Massen. Die Arbeiterkraft sei heute nicht mehr imstande, sich Brot und Kartoffeln zu beschaffen. Was tue die Regierung, besonders der Ernährungsminister? Hier hätte sie nicht viel zu tun. Die Stimmung der Massen sei heute: Wieder ein Ende mit Schrecken, als ein Schrecken ohne Ende. Solange wir noch einer Fülle von Hoffnung haben, dürfen wir die Fänge nicht ins Rollen werfen.

Der zweite Vortragende, Genosse Schweiger, forderte die Entladung der Notpresse. Der Besitz müsse endlich wirklich große Opfer bringen. Eine grundlegende Reform des Steuerwesens im Sinne der Quellenbesteuerung sei unerlässlich. In der Ausfrage erging sich Genosse Husmann von den Bergleuten über die unzureichende Wirkung der Aufhebung der Kohlensteuer. Man müsse befürchten, daß sie lediglich ein Geschenk an die Industrie sei. Es gebe ein gutes Mittel, die Leistung der Arbeiter zu heben, nämlich höhere Bezahlung für höhere Leistung. Unser Kollege Diemann erklärte, die Arbeiterkraft solle den verlorenen Krieg, die Reparationen und nun auch der Ruhrkrieg bezahlen. Der Entwurf des neuen Arbeitszeitgesetzes müsse der Regierung vor die Füße geworfen werden. Wenn sich die Gewerkschaften nicht dagegen wehren, sei in sechs Monaten nichts mehr von den Tarifverträgen vorhanden. Planmäßiger Widerstand der Arbeiterkraft sei notwendig. Der Reichsarbeitsminister Braun's Verhärte, die Regierung sei besorgt über das Anwachsen des Arbeitslosenheeres. Es läge ihr fern, das Ermächtigungsgesetz einseitig gegen die Arbeiterkraft anzuwenden. Der soziale Ernährungsminister sollten so lange aufrechterhalten werden, als es die Finanzlage des Reiches zulasse.

Das Ergebnis der Beratung ist in einer Entschließung zusammengefaßt, in der es nach der einleitenden Sätze heißt:

Nur rasche und tiefgreifende Maßnahmen können den völligen Zusammenbruch verhindern. Die Ordnung der Währung und der Staatsfinanzen, die nicht möglich ist ohne Inflation, muß sofort herbeigeführt werden. Nur auf der Grundlage einer festen Währung kann auch die allgemeine als notwendig anerkannte höhere Leistung des Produktionsapparates — unter Ausschaltung aller parasitären Leistungen, die heute am Erhalt der nationalen Arbeit gehindert — erreicht werden. Die Bundesauschüsse fordern deshalb die schärfste Kritik zur tatsächlichen Geldwährung für das ganze Volk, nachdem Industrie und Großhandel sie für sich längst eingeführt haben. Unvergänglich müssen Preise und Löhne an die gleiche feste Währungsbasis gestellt werden.

Die Wertbeständigkeit der neuen Währung kann nur gesichert werden, wenn es gelingt, in kürzester Zeit die öffentlichen Finanzen in Ordnung zu bringen und die Notpresse fallzuliegen. Wirtschaftspolitische Maßnahmen sind dazu erforderlich. Es genügt nicht, bestehende Steuern weiterzuführen, vielmehr müssen weitere starke Abgaben von Besitz erhoben werden. Die Gewerkschaften unterstützen ihre Forderung, zu diesem Zweck eine Erhebung von Steuern und die unmittelbare Beteiligung des Volkes an den Gewinnen der Wirtschaft durchzuführen.

Die Versammelten sind sich bewusst, daß eine dauernde Stabilisierung der Währung und Ordnung der öffentlichen Finanzen nicht erreicht werden kann ohne eine Gesundung der Wirtschaft. Die Gewerkschaften berufen sich nicht der Mitwirkung bei der notwendigen wirtschaftlichen Gesundung. Das entgegen steht aber der Egoismus des Unternehmertums, der sich auswirkt in möglichst Preisverhöhnungen und jenen preiszüchtigen Ausverkauf, den es in der schamlosen Preisdiktatur der Kartelle. Die wirtschaftliche Gesundung dieser gegen das Gemeinwohl gerichteten privaten Inflationen, die Verschwendung des humanen Arbeitspotentials, die Erzeugung eines erheblichen Preisrückgangs und damit Entwertung der Konsumkraft sind notwendige Voraussetzungen für die wirtschaftliche Gesundung. Die Unternehmer versuchen, die eigene Lage und Unabhängigkeit in der Führung der Wirtschaft zu erhalten, indem sie die Arbeitskraft durch die Erhöhung der Arbeitszeit zu erschöpfen suchen. Die gewerkschaftliche Organisierung der Arbeiterkraft ist ein Mittel, um die wirtschaftliche Gesundung zu erreichen, indem sie die wirtschaftliche Produktion ermöglicht. Somit ist ein wichtiger Schritt der Wirtschaftserholung notwendig, in der die Gewerkschaften bereit, herbeizuführende Maßnahmen zu treffen.

In Anbetracht der hergehenden Notlage fordern die Gewerkschaften von der Regierung folgende Maßnahmen zur Behebung der Lebensmittellage. Als Mittel der Einkommensstützung müssen eingeführt werden, um zu verhindern, daß der Preis für Lebensmittel übermäßig ansteigt. Erzeugung der Güter, höchste Sanktion für Preisverhöhnung von Bedarf an Lebensmitteln müssen unverzüglich ergriffen werden, um erhebliche Mengen Lebensmittel zu gewährleisten. Preis auf den Markt zu bringen.

Da die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterkraft nicht die Voraussetzung der Wahrung der Besonnenheit, Einigkeit und Disziplin. Der wirtschaftliche und soziale Gesamterfolg geht von der Arbeitskraft aus. Es ist notwendig, daß die Arbeiter durch diese geschlossene Front. Der von den drei Spitzenverbänden eingeleitete Aktionsauschuss übernimmt die Führung dieser Arbeit.

Verordnung über Betriebsstilllegungen

Der Reichsanzeiger veröffentlicht eine Verordnung über die Betriebsstilllegung und Arbeitsstilllegung, wodurch auf Grund des Ermächtigungsgesetzes die Verordnung vom 8. November 1920, betreffend die Maßnahmen gegenüber den Betriebsabbrüchen und -Stilllegungen abgeändert wird. Laut Art. 1 der neuen Verordnung treten zu § 2 der Verordnung vom 8. November 1920 folgende Absätze 2 bis 5:

- Abf. 2: Entlassungen, die über die Grenze des § 1 Abs. 1 Ziff. 2 hinausgehen, sind innerhalb der Fristen des § 1 wicklungsfähig. Ist der Arbeitgeber nicht in der Lage, den Arbeitnehmer während der bezeichneten Fristen voll zu beschäftigen, so kann die Demobilisierungsbefehlsbehörde für die Dauer der Fristen die Verkürzung der Arbeitszeit (Streckung der Arbeit) anordnen. Hierbei darf jedoch die Wochenarbeitszeit des Arbeitnehmers nicht unter 24 Stunden herabgesetzt werden.
- Abf. 3: Der Arbeitgeber ist im Falle der Arbeitsstreckung berechtigt, den Lohn und das Gehalt mit verkürzter Arbeitszeit dem beschäftigten Arbeitnehmer entsprechend zu kürzen, jedoch nicht unter dem Zeitpunkt an, wo ihr Arbeitsverhältnis nach den allgemeinen oder vertraglichen Bestimmungen erden würde.
- Abf. 4: Das Recht zur zeitweisen Kündigung aus einem Grunde, der nach dem Gesetz zur Kündigung des Arbeitsverhältnisses ohne Einhaltung der Kündigungsfrist berechtigt, bleibt unberührt.
- Abf. 5: Entlassungen, die bei Einhaltung der Anzeigepflicht unwirksam wären, sind auch unwirksam, wenn der Anzeigepflicht nicht genügt ist.

Nach Art. 2 werden die §§ 12 bis 15 der Verordnung über Einstellung und Entlassung von Arbeitern und Angestellten während der Zeit der wirtschaftlichen Demobilisierung vom 12. Februar 1920 aufgehoben. Mit den Änderungen, die sich aus den Art. 1 und 2 ergeben, gelten die Verordnungen vom 12. Februar und 8. November 1920 über den 1. Oktober 1923 hinaus.

Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft. Gleichzeitig treten die landesrechtlichen Vorschriften über die Betriebsstilllegung und Arbeitsstilllegung und über Gehaltung der Arbeitnehmer in den Betrieben außer Kraft.

Der Beitragskassier sagt:

Zahle deine Beiträge regelmäßig. Zahle sie jede Woche. Bleibe damit nicht im Rückstand, weil es sonst zu schwer ist, nachzukommen. Schuldenmachen ist eine schlechte Gewohnheit. Glaube nicht, daß du mir, dem Kassier, den Beitrag zahlst. Du zahlst ihn einer Einrichtung, die mehr Gutes für dich und deine Familie getan hat als irgend eine andere. Die Beiträge kommen in die Kasse des Verbandes. Dessen Vermögen ist das Vermögen aller Mitglieder, auch deines. Der Kassier ist nur der Vermögenssammler des Verbandes. Darum erschwere mir nicht die Erfüllung meiner Pflicht.

Änderung der Nahrungsfragen

Die vier gewerkschaftlichen Spitzenverbände, der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, der Gewerkschaftsrat deutscher Arbeiter, Angestellten- und Beamtenverbände, der Deutsche Gewerkschaftsbund und der Allgemeine Freie Angestelltenbund, haben an die Reichsregierung die Auforderung gerichtet, in Verbindung mit den Vertretern der Gewerkschaften eine großzügige Hilfs- bezw. Kreditaktion für die Beschaffung von Kartoffeln und Kohlen für den Winter einzuleiten.

Werte Kreise der arbeitenden Bevölkerung und der Schichten, die sich in der gleichen wirtschaftlichen Notlage befinden, sind ohne das Eingreifen des Reiches dem Hunger und der Kälte preisgegeben. Vor allem die Arbeiter der Kurzarbeiter und Arbeitslosen, die Empfänger von Sozial-, Kriegsbeschädigten- und Wohlfahrtsrenten. Die Räume der in Arbeit stehenden reichen ebenfalls nicht aus, die Aufwendungen für die Winterverträge zu bezahlen. Zur Steuerung dieses Geldes und der mit ihm verbundenen schweren innerpolitischen Gefahren schlagen die Gewerkschaften vor, allen Arbeitnehmern, Rentnern und Unterstützungsempfängern, die Anspruch auf Belieferung erheben, eine der Kopfzahl ihrer Familien entsprechende Menge von Kartoffeln und Kohlen auf dem Wege eines Kredits zur Verfügung zu stellen. Der Bezug soll auf Bezugsgeld erfolgen, die für die Lohn- und Gehaltsempfänger von den Arbeitgebern, für die Unterstützungsempfänger und Rentenempfänger von den Vereinen auszufüllen sind. Die zur Belieferung erforderlichen Mengen sollen vom Erzeuger gegen Bezahlung in wertbeständigen Zahlungsmitteln erworben werden. Die Rückzahlung der vorgemerkten Summen wäre durch entsprechende räumliche Kräfte vom Lohn oder Gehalt sowie durch Verrechnung auf die Renten und Unterstützungsgelder zu leisten. Der Bezug könnte entweder bei den Händlern oder in besonderen Ausgabestellen erfolgen.

Deutsche Wirtschaftszahlen

Die deutschen Wirtschaftszahlen hier allmählich zu veröffentlichen, hat für die Mitglieder deswegen nicht sehr großen Wert, weil die Zahlen schon immer leicht überholt sind, wenn sie vor den Lesern kommen. Jedoch liegt, wie leicht verständlich, unsern ausländischen Kollegen viel daran, sie und da wenigstens den Gang der deutschen Wirtschaft in Zahlen dargestellt zu erhalten, selbst wenn sie sich auf eine etwas zurückliegende Zeit beziehen. Diese Zahlen sprechen darüber vom deutschen Stand, als es noch vermögen.

Staatsschatz am 17. Oktober 1923	3512 000 000	(Vorjahr 4 100 000 000)
Staatsschatz am 9. Oktober	307 400 000	(2. Oktober 814 000 000)
Wirtschaftsleistung im 2. Q. 1923	169 100 000	(1. Q. 1923 40 400 000)
Geldumsatz im 2. Q. bis 21. Okt. 1923	36 300 000 000	(Vorj. 107 900 000 000)
Gewinn-Verlust an Kapital am 18. Oktober	900 000 000	(Vorj. 120 000 000)
Gewinn-Güterstand ab 18. Okt. 1923	1 000 000 000	(Vorj. 360 000 000)
Reichtum in Deutschl. ab 10. Okt.	5 000 000	

Die Billionenmarken sind nicht weiter. Nach dem Monatsanweis vom 22. bis 29. September hat sich die Zahl der amerikanischen Banknoten um 19 600 Millionen vermehrt und damit verdreifacht. In dieser beispiellosen Steigerung des Notenumsatzes liegt die Verursachung der schrecklichen Geldinflation, die sich nach dem Ausbruch der Reichskampagne in der Zeit vom 21. bis zum 21. September von 732 auf 45 716 Millionen steigerte. Der Goldbestand wird für den 29. September mit 443 927 000 M angegeben. Er ist sich gegenüber dem Stand am 21. September um 28 800 Millionen vermindert, die zur Deckung der Ausgaben für die Unterhaltungskosten benötigt werden. Im Jahreslauf hat sich also die Geldmenge der Reichsbank um mehr als 50 v. H. vermindert. Solange das beschriebene System der deutschen Wirtschaft und der Weltwirtschaft ist die Regierung gezwungen, den Goldbestand immer mehr in Anspruch zu nehmen. Solange dieses wird die endgültige Lösung des Problems, durch die wieder eine Geldwährung geschaffen werden soll, unmöglich gemacht.

Der Nachahmung empfohlen

Genossin Gerd, der amerikanischen Arbeiterin, hat sich eine Methode des Herzens gelehrt, erzieht, dem Staat alle Gewinne, die er während des Krieges durch Inflationen gemacht hat und die eine Höhe von 20 bis 30 Millionen Dollar erreichte, wieder zurückzugeben. Um in ihrem letzten Versuch zu scheitern, ließ er gleichzeitig erklären, daß er eine Kandidatur für die nächste Präsidentschaft anstrebe. Die Idee ist, wenn unsere Schwerindustrie ein Beispiel nehmen an ihrem amerikanischen Vorbild, wenn die Gewinne des deutschen Reiches die letzte Kränkung sein der arbeitenden Klassen als die der amerikanischen Arbeiter, die den Staat zum größten Teil in ihre eigenen Hände nehmen haben, wenn sie das Beispiel des Nachahmens nachahmen. Sie werden sich freuen.

Das Elend der geistigen Arbeiter

So erschreckend tief auch die Lage unserer Industriearbeiter gesunken ist, noch schlimmer ist die der geistigen Arbeiter geworden. Sie und da erdicht ein Schrei aus der Tiefe, der einem das Herz erstarren läßt. So schreibt die Leipziger Volkszeitung:

In der am 13. Oktober abgehaltenen Versammlung des Geflügelzüchtervereins in Böhlitz-Ghrenberg war ein Vortrag eines in weitesten Kreisen bekannten Leipziger Schriftstellers vorgetragen. Der Vorstand des Vereins machte nach Eröffnung der Versammlung bekannt, daß der Vortrag nicht stattfinden könne, da er im Laufe der Woche einen Brief von dem Herrn erhalten habe, worin er ihm mitteilte, nicht kommen zu können, da er keine Schuhe habe. Die Familie des Vorstandes half der Vorstand sofort ab. Am Freitag erhielt der Vorstand einen neuen Brief, worin ihm von der Gattin des Schriftstellers mitgeteilt wurde, daß ihr Mann plötzlich schwer erkrankt sei, was wohl eine Folge von Unterernährung sei. Ein Vorstandsmittglied begab sich nach der Wohnung des Herrn und fand die Familie in einem geradezu trostlosen Zustande. Die Frau erzählte ihm, ihr Mann hätte in dieser Woche (er ist Mitarbeiter aller in Deutschland erscheinender größeren Fachzeitschriften) 350 000 M. Einnahmen gehabt. Die Familie hätte die ganze Woche nur trodenes Brot und eine Suppe essen können. Die Familie besteht aus 6 Köpfen. Die älteste Tochter ist infolge der Unterernährung geistig vollständig gebrochen. Eine sofort im Verein veranstaltete Sammlung brachte den Betrag von 1 700 000 000 M., der der Familie sofort zugewandt werden soll, wofür sie sich wieder einmal 1 Pfund Margarine, ein Brot und, wenn sie Glück hat, noch ein paar Kartoffeln kaufen kann. — So ist das Leben des geistigen Proletariats. Wie es dieser Familie geht, so geht es Tausenden. Während viele körperlich und geistig zugrunde gehen, führen zahlreiche Besten, die sich auf Kosten der Armen bereichern haben, ein glanzvolles Leben. Das ist bürgerliche, das ist kapitalistische Ordnung.

Mitteilungen des Vorstandes

Telegrammadresse: Metallvorstand Stuttgart

Mit Sonntag den 28. Okt. ist der 44. Wochenbeitrag für die Zeit vom 28. Oktober bis 3. November 1923 fällig.

Den Bestellen von Beitragsmarken diene zur Kenntnis, daß von den Beitragsmarken im Werte von 100 Millionen Mark an folgende Werte in Millionen Mark angefertigt worden sind:

100	130	160	200	300	450	600	750	1000	1300	1600
110	140	170	220	350	500	650	800	1100	1400	1700
120	150	180	250	400	550	700	900	1200	1500	1800

Andere Zwischenstufen werden nicht hergestellt. Bei Vorausbestellungen von Beitragsmarken wird dringend ersucht, nur soviel von jeder Sorte zu bestellen, als in Wirklichkeit gebraucht werden. Die enorme Verteuerung des gummierten Papiers sowie die Steigerung der Druckkosten zwingen zu äußerster Sparsamkeit.

Invalidentarifen, Erwerbslosenmarken und beitragsfreie Marken werden, um Porto zu sparen, nur gemeinsam mit anderen Beitragsmarken versandt.

Nach § 5 des Verbandsstatuts ist jedes Mitglied zur pünktlichen Zahlung der Beiträge verpflichtet. Beitragsmarken werden von den Verwaltungen nur im Wert des Beitrags für die fällige Woche abgegeben. Rückständige Beiträge müssen in Höhe der zur Zeit der Zahlung geltenden Beiträge nachbezahlt werden.

Beitragsgeld, Beitrag für Invaliden und niederster Beitrag für Lehrlinge

Vom 28. Oktober 1923 an bis auf weiteres beträgt das Beitragsgeld für Personen über 18 Jahre ohne Unterschied des Geschlechts	100 Millionen M.
für Personen unter 18 Jahren ohne Unterschied des Geschlechts	50
für Lehrlinge ohne Unterschied des Alters	10
der Beitrag für Invaliden	5
der niederste Beitrag für Lehrlinge	10

Die Einführung der Invaliden in andere Beitragsklassen ist unzulässig. Der angegebene Beitragssatz für Lehrlinge ist lediglich als niederster Satz zu betrachten. Die Lehrlinge müssen nach ihrem durchschnittlichen Stundenverdienst eingestuft werden.

Vom 27. Okt. an kostet ein Ertragsbuch 500 Mill. M.

Am 27. Oktober und später zur Post gegebenen Bestellungen ist dieser erhöhte Betrag beizufügen. Bei Bestellung von Ertragsbüchern sind die üblichen Bestellformulare zu benutzen. Der Betrag ist in Reichsmarkenscheinen beizufügen. Briefmarken und städtische Geldscheine werden nicht in Zahlung genommen, sondern auf Kosten des Einzelersatzes zurückgefordert. — Alle Ertragsbücher müssen bezahlt werden.

Die Erhebung eines einmaligen Ertragsbeitrags wird nach § 6 Abs. 7 des Verbandsstatuts folgenden Verwaltungen in der angegebenen Höhe genehmigt:

Frankfurt a. Oder	5 000 000 M.
Breslau	20 000 000
Köln a. Rh. für männl. Mitglieder	2 000 000
weibliche	1 000 000

Die Nichtbezahlung dieser Ertragsbeiträge hat Entziehung statutarischer Rechte zur Folge. — Für die Lehrlings- und Invalidentarife dürfen diese Ertragsbeiträge nicht erhoben werden.

Aufforderung zur Rechtfertigung

Die nachgerannten Mitglieder werden nach § 23 Abs. 3 des Statuts aufgefordert, sich gegen erobene Beschuldigungen zu rechtfertigen. Verwaltungen, denen Adressen der Aufgeforderten bekannt sind, wollen diese an den Vorstand melden.

Auf Antrag der Verwaltungsteile Raumburg a. S.:
Der Bergbauarbeiter Paul Herold, geb. am 21. Oktober 1905 zu Klengel, Mitgliedsbuch Nr. 4.510.55, wegen Diebstahl.

Auf Antrag der Verwaltungsteile Offenbach a. M.:
Der Reifelehrling Johannes Marquardt, geb. am 12. Juli 1899 zu Lampertheim, Mitgliedsbuch Nr. 4.513.226, wegen Unterschlagung.

Mit kollegialen Gruß Der Vorstand.

Zur Beachtung! Bezug ist fernzuhalten:

- von Formeln und Vorkursarbeiten nach Hermann A., von Gold- und Silberarbeiten nach München D., von Feigungsmonumenten und Hochlegern nach Elap, von Vorbrüngen St., von Reifearbeiten nach Ernst D., von Reimern (Spengler, Flachner) nach Zürich D., von Werksarbeiten aller Branchen nach Danzig Str.; nach Eumacher (Eumacher und Wächter) nach Stuttgart D.; nach Erlangen (Metallwaren, abtr. Weis) vom Gebrüder (Gebrüder) St.; nach St. u. Pommern St.

Druck und Verlag von Alexander Schilder & Co., Stuttgart, Robertstraße 15.